

«Wir müssen wettbewerbsfähig bleiben»

Die Koalitionsregierung wird am 25. März zwei Jahre im Amt sein. Wir haben uns mit Regierungschef Klaus Tschüscher über seine Ziele, die «Chef-Agenda 2011» und den roten Faden in der Regierungsarbeit unterhalten.

Interview: Günther Fritz

Herr Regierungschef, macht Ihnen das Regieren eigentlich Spass?

Regierungschef Klaus Tschüscher: Spass ist vielleicht der falsche Ausdruck, weil Politik eine ernste Angelegenheit ist. Freude und Befriedigung am gemeinsam Erreichten treffen es schon eher. Die Aufgabe ist spannend und gibt mir wie auch den anderen Regierungsmitgliedern viele Gestaltungsmöglichkeiten. Regierungsarbeit ist heute eine Mischung aus strategischer Führung und solider Umsetzungsarbeit. Der Staat im Allgemeinen und die liechtensteinische Politik im Besonderen brauchen eine Konstante, die auf den langfristigen Interessen des Landes und der Bevölkerung aufbaut.

«Freude am gemeinsam Erreichten»

Als Regierungschef tragen Sie innerhalb der Regierung eine ganz besondere Verantwortung. Belastet Sie das Amt, wenn Entscheidungen von grosser Tragweite, wie die Finanzplatz- und Steuerstrategie, von einem Teil der Marktakteure heftig kritisiert werden?

Natürlich nehme ich diese Kritik ernst, weil sie von Exponenten aus der Finanzdienstleistungsbranche kommt, die für den ganzen Standort enorm wichtig ist. Ich kann aber trotzdem gut schlafen, weil wir uns auf einem nachhaltigen, zukunftsorientierten Kurs befinden. Wir müssen sicher noch Überzeugungsarbeit leisten, zumal ein Teil der Marktteilnehmer immer noch den in der Vergangenheit unbestritten erfolgreichen Geschäftsmodellen nachtrauert. Aber Europa und die Welt haben sich verändert. Unser Land gelangte rascher als erwartet an einen Wendepunkt. Mit der Liechtenstein-Erklärung sowie der consequenten Abkommens- und Steuerpolitik haben wir zeitnah und mit dem nötigen Weitblick reagiert. Das ist ein ähnlich revolutionärer Vorgang wie in den 1920er-Jahren, als Wilhelm Beck mit dem Personen- und Gesellschaftsrecht die Grundlage für die Entwicklung zu einem international beachteten Finanzplatz gelegt hat.

Aber damals ging es um die Erschliessung einer lukrativen Einnahmequelle für den doch eher armen Agrarstaat Liechtenstein. Gefährdet die neue Ausrichtung nicht den erreichten Wohlstand und Arbeitsplätze in unserem Land, wie das in der Plakataktion des Treuhänderverbands angemahnt wird?

«Mit dem nötigen Weitblick reagiert»

Stabilität braucht Dynamik. Wer stehen bleibt, verpasst den Wandel. Wir können Wohlstand und Arbeitsplätze nur erhalten, wenn wir in jeder Beziehung wettbewerbsfähig bleiben. Das bedingt aber, dass unser Wirtschaftsstandort als Ganzes nicht durch politische Entscheidungen in den europäischen und globalen Schaltstellen der Macht benachteiligt wird. Die ganzheitliche Sichtweise der Regierung und die dahinterstehende Strategie hat nur ein Ziel: Wir wollen für unsere

aussenorientierte Wirtschaft Rechtssicherheit und damit Planungssicherheit schaffen, weil das die Grundlage für die künftigen wirtschaftlichen Erfolge und für Investitionen in unseren Standort bildet.

Tatsache ist, dass die Staatseinnahmen zumindest vorübergehend stark zurückgehen. Sie haben diesen Einschnitt einmal als Preis für den erfolgreichen Eintritt Liechtensteins in das Europa des 21. Jahrhunderts bezeichnet. Was meinten Sie damit?

Wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass der Kampf um wirtschaftliche Positionierung und um Märkte noch härter wird. Auch die Forderung nach Transparenz und Kooperation zwischen den Staaten wird in Zukunft noch konsequenter gehandhabt werden. Mit dem eingeschlagenen Kurs verfolgt unser Land eine klare Linie, die sich an den heutigen internationalen Standards orientiert. Das ist für die Zukunftssicherung unseres Staates und der liechtensteinischen Wirtschaft, einschliesslich des Finanzplatzes, von übergeordneter Bedeutung. Der Preis für die Neupositionierung mag hoch erscheinen. Aber gemessen an den enormen Chancen, die sich daraus ergeben, haben wir in Tat und Wahrheit in eine langfristige Perspektive investiert, die bedeutend stabiler, unabhängiger und nachhaltiger ist als das alte Finanzplatzmodell.

Sie sprechen von einer langfristigen Perspektive. Können Sie Aussagen nachvollziehen, dass sich die Finanzplatzaktoren mehr Zeit für die Umstellung auf neue Produkte gewünscht hätten?

Durchaus. Der Faktor Zeit spielte ja in zweifacher Hinsicht eine grosse Rolle. Einmal für den Staat, der rasch handeln musste, um Sanktionen zum Nachteil unserer Exportindustrie abzuwenden und um die angeschlagene Reputation wieder herzustellen. Dann aber auch für viele Marktteilnehmer in der Finanzdienstleistungsbranche, die sich binnen kürzester Frist auf ein verändertes Umfeld einzustellen hatten.

«Wer stehen bleibt, verpasst den Wandel»

Welchen Beitrag leistet die Politik, damit auf dem Finanzplatz neue Geschäftsfelder entstehen können?

Der Staat unterstützt den Veränderungsprozess auf dem Finanzplatz mit vorteilhaften Standortfaktoren. Wir senden dazu viele positive Signale aus, mit dem attraktiven neuen Steuerrecht, mit dem modernen Stiftungsrecht, dem in Umsetzung befindlichen Projekt zur Stärkung des Fondsplatzes und Impulsen für innovative neue Produkte. Wenn ich nur an die in den letzten Monaten erarbeiteten Grundlagen zu grenzüberschreitenden Pensionsfonds, im Bereich der Philanthropie und anderen, auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Geschäftsmodellen und Nischenmärkten denke, dann bin ich diesbezüglich sehr optimistisch.

Und wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die weitere Entwicklung des liechtensteinischen Gesellschaftsrechts?

Ein attraktives Gesellschaftsrecht ist und bleibt ein essentieller Pfeiler für unseren Wirtschaftsstandort und bildet auch in Zukunft die Grundlage für ein erfolgreiches Treuhändergeschäft. Ich bin überzeugt, dass wir gut daran tun, den veränderten Gegebenheiten auch hier Rechnung zu tragen und die systematische Modernisierung des Gesellschaftsrechts, wie sie mit dem Stiftungsrecht begonnen wurde, weiter voranzutreiben. Meine Überlegungen gehen hier vor allem in Richtung einer Reform des Trustrechts und



Regierungschef Klaus Tschüscher: «Wir befinden uns auf einem nachhaltigen, zukunftsorientierten Kurs. Wir müssen sicher noch Überzeugungsarbeit leisten, zumal ein Teil der Marktteilnehmer immer noch den in der Vergangenheit unbestritten erfolgreichen Geschäftsmodellen nachtrauert.» Bild Oliver Lerch

auch der Anpassung verschiedener Gesellschaftsformen für neue Arten des Vermögensverwaltungsgeschäftes.

Mit welchen Massnahmen wollen Sie in den kommenden Monaten die Reputation des Finanzplatzes Liechtenstein weiter verbessern?

Zunächst dürfen wir feststellen, dass wir das Reputationstief überwunden haben und nun wieder so aufgestellt sind, dass wir uns wirtschaftlich und politisch nachhaltig entwickeln können. Dass wir mit unserer Strategie auf dem richtigen Weg sind, bestätigt unter anderem auch das AAA-Rating, das höchste zu erreichende Länderrating. Dieses erteilt unserem Platz bezüglich Vertrauenswürdigkeit und Stabilität Bestnoten. Das ist uns Ansporn genug, den eingeschlagenen Weg in allen Bereichen der Finanzplatzpolitik konsequent weiterzugehen. So streben wir beispielsweise im Bereich der Aufsicht in diesem Jahr den Beitritt zu IOSCO an und wollen uns in der neuen EU-Aufsichtsstruktur etablieren. Zugleich werden wir unser Bekenntnis zur Null-Toleranz-Politik bei der Missbrauchsbekämpfung ohne Wenn und Aber unter Beweis stellen und unser Engagement in der internationalen Steuerpolitik noch einmal verstärken. Ich rege zudem die ernsthafte Prüfung eines Beitritts zum Lugano-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen an. Dies sind nur ein paar wenige ausgewählte Beispiele von vielen weiteren Überlegungen und Initiativen.

«Wir haben das Reputationstief überwunden»

Sie haben die internationale Steuerpolitik angesprochen. Inzwischen hat Liechtenstein 23 OECD-konforme Steuerabkommen abgeschlossen. Wie lautet die künftige Abkommensstrategie der Regierung?

Unsere Strategie ist klar und eindeutig. Wir wollen mit unseren wirtschaftlich wichtigsten Partnern in Europa und darüber hinaus OECD-konforme Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) abschliessen. Der rasche Aufbau eines DBA-Netztes in alle Handelsregionen der Welt hinein nimmt in unserer Abkommens- und Standortpolitik einen zentralen Platz ein. Ich möchte bei diesem Aufbau im Jahre 2011 entscheidende Schritte vorankommen.

Bis wann kann mit dem Abschluss des Doppelbesteuerungsabkommens mit Deutschland gerechnet werden und wie gestalten sich die Gespräche über die geplante Abgeltungssteuerregelung?

«Ein DBA-Netz rasch aufbauen»

Die entspannten und guten Beziehungen zu Deutschland ermöglichten nach dem Abschluss des Abkommens über den Steuerinformationsaustausch die Aufnahme konstruktiver Verhandlungen für ein Doppelbesteuerungsabkommen. Die Gespräche mit dem deutschen Bundesfinanzminister stimmen mich optimistisch, dass das Verhandlungsergebnis zum DBA schon bald vorliegen wird. Aufgrund der mit dem deutschen Bundesfinanzministerium geführten Sondierungsgespräche und auch der Diskussionen im Rahmen des Treffens der deutschsprachigen Finanzminister favorisieren wir die rasche Aufnahme von Verhandlungen über die Regularisierung der in der Vergangenheit nicht versteuerten Vermögen sowie die Einführung einer Abgeltungssteuer für die Gewährleistung künftiger Steuerkonformität.

Für die nachhaltige Verbesserung der Reputation Liechtensteins braucht es schlagkräftige Kommunikationsstrukturen. Welche Ziele verfolgen Sie hier?

Wir arbeiten daran, unsere Strukturen an die Kommunikationsziele des Landes anzupassen. Grundsätzlich unterscheiden wir zwischen der Regierungskommunikation mit einem politisch hinterlegten Informationsauftrag und der Landeskommunikation zur Imagewerbung Liechtensteins. In beiden Bereichen optimieren wir derzeit unsere Organisation, indem wir das bisher dezentral verteilte Fachwissen konsequent zusammenführen. Diese Prozesse sollen in diesem Jahr abgeschlossen werden. Dadurch werden wir effizienter und auch schlagkräftiger, weil die professionelle Öffentlichkeitsarbeit in der heutigen Medienwelt immer mehr an Bedeutung gewinnt. Die neuen Kommunikationsstrukturen unterstützen insbesondere die Reputationspflege und die Landesdarstellung im Ausland.

Sie haben im Oktober des vergangenen Jahres zusammen mit Ihren Regierungskolleginnen und -kollegen die Agenda 2020 der Öffentlichkeit vorgestellt. Welche Ziele verfolgen Sie mit dem Strategiepapier? Die Agenda 2020 soll unserer Politik

eine langfristige Perspektive und Kontinuität geben, weil wir gerade in unserer kurzlebigen Zeit Fixpunkte und Orientierungsgrössen brauchen, die über einzelne Mandatsperioden hinaus Gültigkeit haben. Die Dichte der heutigen Herausforderungen kann ein Kleinstaat wie Liechtenstein nur mit einer klaren Strategie und der Konzentration auf das Wesentliche effizient bewältigen. In der Agenda 2020 hat sich die Regierung auf die wichtigsten sechs strategischen Ziele des Landes konzentriert, die zu einer erfolgreichen und nachhaltigen Entwicklung in den kommenden zehn Jahren massgeblich beitragen können.

«Das Trustrecht soll reformiert werden»

Wie wird die Agenda 2020 konkret umgesetzt?

Wie bei jedem Strategieprozess ist es auch bei der Agenda 2020 entscheidend, wie stark sich alle Beteiligten mit den Zielen identifizieren und sich für die Umsetzung engagieren. Das geht nur im Schulterschluss von Land und Gemeinden. In einem Workshop mit den Führungskräften der Landesverwaltung und in einer ersten Diskussion an der Vorsteherkonferenz haben wir die Inhalte und den völlig neuen Ansatz der Agenda für die Politikgestaltung in unserem Land erörtert. Demnächst werden wir die Agenda 2020 auch der Öffentlichkeit näher vorstellen.

«Gemeinsame strategische Ziele»

Worin liegt das Neue der Agenda 2020?

Neu für Liechtenstein ist die langfristige politische Perspektive über ein ganzes Jahrzehnt. Die Agenda 2020 steht für mehr staatspolitische Kontinuität und für ein parteiübergreifendes Miteinander in wichtigen Zukunftsfragen. Ich bin glücklich und auch durchaus stolz darauf, dass wir dieses Zukunftspaket gemeinsam mit unserem Koalitionspartner in der Regierung verabschieden konnten. Dieses Politikverständnis ist ein grosser Fortschritt in der Landespolitik, weil wir uns sechs wichtige strategische Ziele gesteckt haben, auf die das Land im neuen Jahrzehnt hinarbeiten will. Das stärkt unsere Handlungs- und Reformfähigkeit deutlich.

«Die Eigenverantwortung stärken»

Steckt im Zeithorizont über die Legislaturperiode hinaus nicht die Gefahr, dass schwierige Themen auf die lange Bank geschoben werden?

Nein, ganz im Gegenteil. Wenn man die politische Arbeit auf die Länge der Legislaturperiode ausrichtet, kann das möglicherweise passieren. Eine längerfristige Ausrichtung und die Konstanz in der Umsetzung über die Mandatsperiode hinaus erhöht hingegen die politische Effizienz. Aber nicht nur das. Die klare Linie bei der Verfolgung unserer Ziele macht uns berechenbar und verlässlich, was das Vertrauen in die politischen Institutionen und die Planungssicherheit für die Wirtschaft erhöht.

«Berechenbar und verlässlich»

Die in der Agenda 2020 vorgeschlagene Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre stiess in einer «Vaterland»-Umfrage bei den politischen Parteien auf wenig Begeisterung. Werden Sie diese Idee deshalb begraben?

Wir müssen der Realität ins Auge blicken. Der Kleinstaat hat nicht personelle Ressourcen im Überfluss. Deshalb sollten die gewählten Mandatare etwas länger im Amt bleiben können, was auch der Konstanz und Stabilität in der politischen Arbeit zuträglich wäre. Wir müssen das sicher noch diskutieren und sorgfältig abwägen. Aber für mich spricht vieles dafür, weshalb ich mich für diese Idee auch weiterhin einsetzen werde.

Um die innenpolitische Handlungsfähigkeit zu erhöhen, soll laut Agenda 2020 die seit Jahren angekündigte Regierungs- und Verwaltungsreform nun definitiv in Angriff genommen werden. Mit was kann hier der Landtag in dieser Legislaturperiode noch rechnen?

Mein Ziel ist es, dem Landtag mit der Vorlage für das neue Organisationsgesetz die zentralen Grundsätze der enorm wichtigen Regierungs- und Verwaltungsreform noch vor der Sommerpause zur Behandlung vorzulegen. Somit zielt unser Fahrplan darauf ab, die gesetzlichen Grundlagen auf Anfang 2012 in Kraft treten zu lassen. Ebenfalls soll sich der Landtag in diesem Jahr mit dem E-Government-Gesetz befassen können, mit welchem der elektronische Ämterverkehr im Dienste verstärkter Servicequalität für die Wirtschaft und auch für die Bevölkerung umfassend geregelt wird.

«Der elektronische Ämterverkehr wird geregelt»

Worum geht es bei der Reform der Landesverwaltung?

Eine gut organisierte und kundenfreundliche Verwaltung ist ein positiver Standortfaktor für unser Land. Es geht um effizientere Strukturen, vereinfachte Abläufe und die Nutzung von Synergien. Dabei wird es unumgänglich sein, bestehende Amtsstrukturen neu zu ordnen. Erste Pilotprojekte wollen meine Regierungskollegen und ich schon in diesem Jahr starten.

Im Zuge der Sanierung des Staatshaushaltes wollen Sie auch bei den Finanzzuweisungen an die Gemeinden sparen. Das stösst nicht unbedingt auf Gegenliebe. Wie schätzen Sie die politischen Chancen ein, den Gemeinden 50 Mio. Franken bei den Finanzzuweisungen wegnehmen zu können?

Die Gemeinden haben im Rahmen der Vernehmlassung dem Land signalisiert, dass die Bereitschaft zur Unterstützung der notwendigen Sparanstrengungen grundsätzlich vorhanden

ist. Das ist erfreulich und dafür bin ich auch sehr dankbar. In welcher Höhe und in welchen Schritten die Kürzungen erfolgen, wird sich bei der bevorstehenden Landtagsdebatte zu diesem Thema weisen. Klar ist, dass wir unsere finanzielle Unabhängigkeit auf Dauer nur mit einem gesunden Staatshaushalt erhalten können. Deshalb müssen wir den eingeschlagenen Sparkurs konsequent weiterführen. Klar ist aber auch, dass sich das Ausmass der Einsparungen am jeweils aktuellen Sanierungsbedarf orientieren wird. Wenn sich die angespannte Finanzsituation verbessert, und wir haben erste Anzeichen dafür, dann werden die Einsparungsziele neu zu beurteilen sein. Für die Beseitigung des strukturellen Defizits in unserer Landesrechnung werden aber trotzdem grosse Anstrengungen erforderlich sein, die das Land nur mit Unterstützung der Gemeinden bewältigen kann.

Inwieweit sind im Rahmen der Gesundheitsreform einschneidende Veränderungen zu erwarten?

Im Grunde genommen sind sich die Experten doch seit Jahren einig. Eine Gesundheitsreform wird nur dann effektiv sein und nachhaltig wirken können, wenn sich diese konsequent an den Prinzipien der Kostenwahrheit und der Eigenverantwortung orientiert und den zentralen Grundgedanken der Solidarität dort verankert, wo er tatsächlich benötigt wird. Dies bedingt eine schonungslose Überprüfung der staatlichen Prämiensubventionierung nach dem Giesskannenprinzip, eine zielgerichtete Reform des Systems der individuellen Prämienvorbereitung für niedrige Einkommen, eine deutlich verstärkte Einforderung der Eigenverantwortlichkeit der Versicherten über Franchisen und andere Instrumente, und insgesamt eine Totalrevision des geltenden Krankenversicherungsgesetzes. Eine solche Reform wird ohne politischen Mut nicht zu erreichen sein.

«Wir müssen den Sparkurs weiterführen»

Eine Investition von rund 80 Mio. Franken würde bei einem Neubau des Liechtensteinischen Landesspitals anfallen. Wie ist Ihre Haltung zum geplanten Projekt?

Allein entscheidend ist für mich die Qualität der medizinischen Grundversorgung für unsere Bevölkerung. Im Spitalbereich muss sich deshalb der Leistungsauftrag des Landesspitals ausschliesslich an den Bedürfnissen unserer Einwohnerinnen und Einwohner ausrichten. Für mich als Regierungschef und auch als Bürger ist klar, dass dabei die vorhandenen Angebote in den nahe gelegenen Vertragsspitälern mit in die Überlegung einzubeziehen und diese miteinander abzustimmen sind.

Wie gedenkt die Regierung, die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Liechtenstein insgesamt zu stärken? Das neue Steuerrecht allein wird dabei wohl nicht ausreichen!

Unsere Wirtschaft soll in den nächsten Jahren qualitativ wachsen. Mit dem neuen Steuerrecht und anderen Standortvorteilen befinden wir uns in einer guten Ausgangslage, um wissensbasierte und wertschöpfungsstarke Unternehmen anzulocken. Unsere Stärken liegen im innovativen Umfeld, im Zugang zu Wissen, in der regionalen und internationalen Vernetzung, aber auch in der Schnelligkeit und Flexibilität des Staates, wenn es um die Anpassung der Rahmenbedingungen und um Problemlösungen geht.

Welche konkreten Vorteile sehen Sie in



Regierungschef Klaus Tschütscher: «Wenn sich die angespannte Finanzsituation verbessert, und wir haben erste Anzeichen dafür, dann werden die Einsparungsziele neu zu beurteilen sein. Für die Beseitigung des strukturellen Defizits in unserer Landesrechnung werden aber trotzdem grosse Anstrengungen erforderlich sein, die das Land nur mit Unterstützung der Gemeinden bewältigen kann.»

Bild Oliver Lerch

der geplanten Lockerung der bisher sehr restriktiven Zuwanderungspolitik?

Wenn wir im internationalen Umfeld wettbewerbsfähig bleiben wollen, brauchen wir in unseren Unternehmen die besten Köpfe und viel Spezialwissen, das wir uns teilweise nur von aussen beschaffen können. Unsere Wirtschaftspolitik bezweckt ja im Kern, den Betrieben bestmögliche Entfaltungsmöglichkeiten und Rahmenbedingungen zu bieten. Dazu gehört auch die Erschliessung personeller Ressourcen durch Zuzüge. Trotzdem werden wir bei der Zuwanderungspolitik auch künftig mit Augenmass auf die Gröszenverträglichkeit achten.

Bei der Konzentration auf wertschöpfungs- und forschungsintensive Tätigkeiten am Standort Liechtenstein gewinnen Bildung und Forschung zunehmend an Bedeutung. Wie beurteilen Sie hier die Ausgangslage und welche strategischen Ziele verfolgt die Regierung in diesem Bereich?

Wissen ist die wichtigste Ressource unseres Landes. Wir arbeiten kontinuierlich an der Verbesserung unseres Bildungssystems, von der Grundstufe bis zur Universität. Es geht einerseits um Qualitätssicherung und andererseits um Chancengleichheit. Wichtige Ziele sind auch der Zugang zu Bildungseinrichtungen im Ausland und ein umfassendes Weiterbildungsprogramm im Sinne des lebenslangen Lernens.

«Für grössenverträgliche Zuwanderungspolitik»

Dieses Jahr soll das Schulgesetz revidiert werden. Welches ist für Sie der wichtigste Punkt einer Reform?

Ganz entscheidend für die bestmögliche Förderung der Schülerinnen und Schüler sind gute und motivierte Lehrpersonen. Wir müssen deshalb die Schulen stärken, ihnen mehr Kompetenzen und Freiraum geben. Der Staat hat dafür zu sorgen, dass das stark reglementierte Schulwesen vereinfacht wird und mehr Spielraum für die einzelnen Schulen und die Schülerinnen und Schüler bietet. Damit

einher geht die Stärkung der Elternverantwortung. Die Eltern werden speziell dann in eine stärkere Verantwortung genommen, wenn die heute starre Regelung der Schulbezirke schrittweise aufgeweicht und langfristig aufgehoben wird.

«Den Schulen mehr Freiraum geben»

Sie haben angekündigt, sich nun auch des Themas «Entflechtung von Staat und Kirche» verstärkt anzunehmen. Wie steht es mit den Vorarbeiten zu dem von Ihnen angekündigten Religionsgesetz?

Die jüngsten Entwicklungen haben erfreulicherweise deutlich erkennen lassen, dass eine breite Zustimmung zur Schaffung eines Religionsgesetzes besteht. Die Zeit für ein solches Gesetz ist meines Erachtens nun auch reif. Ressortintern arbeiten wir deshalb an einer aktualisierten Fassung einer solchen Vorlage. Nach der Behandlung in der Regierung sollen die Religionsgemeinschaften und interessierten Kreise vor der Sommerpause nochmals Gelegenheit erhalten, sich zum Gesetzesentwurf zu äussern, bevor die Vorlage dann rasch zuhänden des Landtags verabschiedet werden soll.

Sie haben in Ihrer Neujahrsbotschaft geschrieben, dass für Sie künftig insbesondere auch die Frage der Generationengerechtigkeit im Zentrum stehen wird. Was verstehen Sie darunter und wie wollen Sie diese langfristig sicherstellen?

Jede Generation hat ein Recht darauf, ihre eigene Politik zu gestalten und Spuren zu hinterlassen. Wir müssen aber unseren Lebensraum so weitergeben, dass nachkommende Generationen ihre Vorstellungen von einem lebenswerten Leben ebenfalls verwirklichen können.

Deshalb dürfen wir vor allem den aus dem Gleichgewicht geratenen Staatshaushalt nicht zulasten unserer Nachkommen über längere Zeit in dieser Schieflage belassen. Und auch in der Familienpolitik geht es um die Bezie-

hungen zwischen den Generationen. Dieser neue Ansatz des modernen Verständnisses der Familien- als umfassender Generationenpolitik muss verstärkt Berücksichtigung finden.

Herr Regierungschef, was dürfen wir von Ihnen als Familienminister in dieser Hinsicht erwarten?

Die gesellschaftlichen Entwicklungen und die veränderten Rahmenbedingungen haben den Familienbegriff wie gesagt vielfältiger und breiter werden lassen. Darauf hat das Ressort Familie und Chancengleichheit reagiert und in einem Leitbild die Bedürfnisse und Ziele einer neuen, ganzheitlichen Familienpolitik aufgearbeitet. Dieses Leitbild samt einem ersten Massnahmenkatalog werden wir der Öffentlichkeit demnächst vorstellen. Mit der Aufschaltung einer neuen Online-Plattform, auf der alle Interessierten Zugang zu familienspezifischen Informationen erhalten sowie mit dem neu bestellten Familienrat und der angestrebten Konzentration aller familienpolitischen Belange in einem Amt setzen wir weitere konkrete Schritte.

«Die Zeit für ein Religionsgesetz ist reif»

Zum Schluss. Welche Ziele verfolgt die Regierung mit dem Projekt «ehrenamtlich engagiert», das zum Europäischen Jahr der Freiwilligenarbeit 2011 lanciert worden ist? Was ist Ihr persönlicher Beitrag?

Ehrenamtliches Engagement ist für Liechtenstein von unschätzbarem Wert und unverzichtbar, weil es kaum einen Lebensbereich gibt, der nicht von Freiwilligen massgeblich mitgestaltet wird. Das wollen wir mit dem Projekt «ehrenamtlich engagiert» aufzeigen und diese liechtensteinische Tugend auf allen Ebenen fördern und stärken. Mein Einsatzgebiet war früher beim FC Ruggell, für den ich mich auch heute noch gerne einsetze. Die aktive Mitarbeit beschränkt sich allerdings derzeit auf den sporadischen Einsatz im Kioskbetrieb des Fussballclubs.